

# Die Verstaatlichung der Energiewirtschaft

geschrieben von Wolfgang Müller | 6. Oktober 2013

Beängstigend waren von Anbeginn die vorhersehbaren, zerstörerischen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die privaten Verbraucher., denn die Ruinierung der Energieversorgung eines Industrielandes bedeutet die Vertreibung derjenigen Unternehmen, die dem Bankrott durch Flucht ins Ausland entkommen können, während die übrigen schlicht untergehen. Die privaten Verbraucher werden zuerst durch immer höher steigende Energiepreise ausgeplündert, bevor sie auch noch ihre Arbeitsplätze verlieren.

Nun muss man sich fragen, ob das so gewollt war. Hat die Regierung im Auftrag einer finsternen Macht beschlossen, ihr Land in den Staatsbankrott zu treiben? Zu den Zeiten des Kalten Krieges hätte man sicherlich diese Möglichkeit erwogen, denn der Untergang des Kapitalismus und seiner westlichen Vertreter war schließlich tatsächlich das Ziel des uns nicht wohl gesonnenen Warschauer Paktes.

Heutzutage ist ein solcher Verdacht natürlich absurd. Wenn es aber nicht die Absicht der Regierung war, das Land über die Zerstörung seiner Energieversorgung kaputt zu machen – was war dann der Grund für ihre Handlungsweise?

Die beiden einzig plausiblen Antworten auf diese Frage sind unendlich peinlich.

## Die Regierung:

Der Anlass für diesen krassen Kurswechsel, der zu Recht als „Wende“ bezeichnet wurde, war eine politische strategische Überlegung: Der Opposition, speziell den Grünen, sollten alle Argumente abgenommen werden – indem die Regierung plötzlich selbst deren Linie vertrat.

Sie hat ungeprüft ideologische Konzepte der Grünen übernommen. Sie hat auf die Zuziehung von externem fachlichem Sachverstand verzichtet; andernfalls wäre das Ausmaß des Unsinn nicht so extrem geworden. Und in ihren Ministerien fehlte es allem Anschein nach an dem nötigen Sachverstand; insbesondere im Umweltministerium, in dem es direkt nach der Amtsübernahme durch Trittin einen Exodus von Fachleuten und eine Einstellungswelle von grün-ideologisch geprägten Mitarbeitern gab, die bis heute – zwei Regierungen später – immer noch die Arbeit des Hauses bestimmen.

Die Folgen dieser Wende interessierten die Kanzlerin ganz offensichtlich überhaupt nicht. Es ging nur um den Machterhalt.

## Das Parlament:

Man hätte daraufhin erwarten können, dass die Abgeordneten, unter denen sich schließlich eine nicht geringe Anzahl von Fachleuten und Managern befindet, die Regierungspläne zu Konfetti zerreißen würden. Aber es lief völlig anders ab.

Unsere Parlamentarier haben sich – mit wenigen ehrenwerten Ausnahmen – wie die sprichwörtlichen Lemminge verhalten, als sie sowohl über die Energiewende-Pläne als auch über das Kernkraft-Moratorium und den Kernkraft-Ausstieg abstimmten. Es war offenbar eine Mischung aus verschiedenen Faktoren, die sie dazu veranlaßten: Die Opposition aus SPD, Grünen und Linken sah erstaunt, wie ihre eigenen Forderungen von der Regierung erfüllt wurden. Die Regierungsfractionen standen unter dem Druck ihrer Fraktionsführungen. Zudem fehlte der Mehrheit die fachliche Kompetenz zur Beurteilung der Konsequenzen. Durch Zeitdruck wurde die Zuziehung externen Sachverständs verhindert. Und schließlich herrschte eine große Angst vor den Medien, deren überwiegend grün-rot orientierte Redakteure ihrerseits einen Druck ausübten, den alle Politiker fürchteten.

Und so beschloß der gesamte Bundestag fast einstimmig den Einstieg in das „erneuerbare Zeitalter“ (Zitat aus dem Energiekonzept) – und de facto den Untergang ihrer Nation.

Dieser Vorgang dürfte den Historikern noch viel Stoff für Analysen bieten.

Es ist diese praktisch einstimmige Zustimmung des gesamten Parlaments zur Energiewende und zum „Atomausstieg“, die wie eine schwere Hypothek auf den Altparteien und ihren Abgeordneten liegt. Diese Hypothek liegt auch auf dem nun neu gewählten Bundestag, denn die maßgeblichen Parteien sind immer noch dieselben – mit Ausnahme der FDP – und auch die meisten der neuen Abgeordneten sind die alten, die der energiepolitischen Blamage ihre Zustimmung gegeben hatten.

Jede nur denkbare Regierungskoalition wird aus Parteien bestehen, die alle dafür waren. Und sie müßten nun im Grunde fast alles, was sie vor nicht langer Zeit mitbeschlossen haben, wieder zerschlagen.

Dieses Dilemma in Verbindung mit den unausweichlichen, sehr bald fälligen drastischen energiepolitischen Maßnahmen eröffnet nun leider ziemlich erschreckende Aussichten. Denn es besteht die Möglichkeit, dass an Stelle einer Rücknahme der falschen Entscheidungen – insbesondere das EEG betreffend – die letzten Hemmungen fallen und der bereits eingeleitete Prozeß der Planwirtschaft direkt in eine Verstaatlichung des Energiesektors führt.

Schließlich bietet ein weitgehend verstaatlichter Energiesektor für eine Regierung, die eine mit Gesichtsverlust verbundene Revision des

Zerstörungsprogramms fürchtet, eine Reihe von vorübergehenden Vorteilen:

- **Es geschieht schließlich etwas; man zeigt Handlungsfähigkeit.**

- Immer neue, verschlimmbessernde Reparaturmaßnahmen, die durch die gegenüber wirtschaftlichen Fehlern gnadenlose Marktwirtschaft erzwungen werden, sind nun nicht mehr nötig. Denn die Marktwirtschaft wird ja in diesem Sektor abgeschafft.
- Man kann nun mit vielen Milliarden Euro die selbst verschuldeten und immer neuen Probleme vorübergehend „heilen“.
- Es gibt neue Behörden und viele schöne Pöstchen für verdiente Parteisolddaten.
- Und man gewinnt Zeit. Nicht sehr viel, denn nach maximal zwei Jahren dürften alle Verstaatlichungskosten, Firmenaufkäufe – (bevorzugt: notleidende Stadtwerke) -, Subventionen, Investitionszuschüsse, Kapazitätsvorhaltungs-Prämien für stillstehende Kraftwerke und soziale Hilfsprogramme für Energiekosten-geschädigte Bürger die Finanzkraft des Bundes übersteigen. Dann steckt der Karren zwar noch viel tiefer im Dreck, aber der Zeitgewinn wäre es der Politik vermutlich wert.

## **Pläne, Visionen und Gesetze**

**Wer einen Blick in die Zukunft wagen möchte, tut gut daran, die bisherige Entwicklung genau in Augenschein zu nehmen. Wir kennen die Programme, die unsere Regierung seit 2009 auf dem Feld der Energiepolitik beschlossen hat und wir kennen die bisherigen Ergebnisse, heute, gerade einmal 4 Jahre später.**

**Sie sind überaus aufschlußreich und erlauben eine Beurteilung der Qualität der Regierungsarbeit – und daher gestatten sie auch eine Prognose über die künftigen Schritte der Regierung in diesem volkswirtschaftlich extrem wichtigen Sektor. Um eine Bewertung der deutschen Energiepolitik zu erhalten, genügt der Blick auf die Aktionen der Bundesregierung seit dem Sommer des Jahres 2009.**

**Im August des Jahres 2009 wurde das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen im 380 kV-Höchstspannungs-Übertragungsnetz (EnLAG) verabschiedet.**

- ♦ In der gegenüber 2009 leicht modifizierten Fassung gilt heute eine Planung von 1.855 km. Zweck dieses enormen Netzausbaus, der bisher nur das Höchstspannungs-Übertragungsnetz betrifft, ist vor**

**allem der Transport des in Norddeutschland fern von den Verbrauchszentren erzeugten Windstroms nach West- und Süddeutschland. Von dem noch viel gewaltigeren Ausbau der Mittel- und Niederspannungsnetze, der durch die flächendeckend vorhandenen Solarstrom- und Windkraftanlagen mit ihrem gesetzlich garantierten Einspeisevorrang verursacht wird, ist dabei noch gar nicht die Rede.**

**Am 28. September 2010 beschloss die Regierung dann das „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“, das nach der wahrlich großwahnsinnigen Feststellung des Bundesumweltministeriums „die energiepolitische Ausrichtung Deutschlands bis 2050 beschreibt“.**

## Wesentliche Ziele darin waren:

- **Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990.**
- **Erreichen eines Anteils der „erneuerbaren“ Energien an der Stromerzeugung von 50 % bis 2030; von 65 % bis 2040 und von 80 % bis 2050.**
- **Bei diesen Zielen handle es sich um „ehrgeizige Klimaschutzziele“.**
- **Zur Kernenergie liest man im Energiekonzept: *„Der notwendige Umbau der Stromversorgung hin zum (wörtlich) erneuerbaren Zeitalter mit der Perspektive 2050 wird den traditionellen Energiemix (gemeint sind Kohle und Kernkraft) deutlich verändern. Ein solcher Prozeß benötigt nicht nur Zeit, sondern muss auch wirtschaftlich vernünftig ausgestaltet werden.“***  
**Dann kommt der entscheidende Satz:**

- **„Um diesen Übergang zu gestalten, brauchen wir noch zeitlich befristet die Kernenergie und werden deshalb die Laufzeiten (der 17 KKW) um durchschnittlich 12 Jahre verlängern“. *Und noch besser: „Darüber hinaus werden die Regelungen über Sicherheitsanforderungen an die deutschen Kernkraftwerke im Rahmen einer 12. Atomgesetz-Novelle erweitert und auf technisch höchstem Niveau fortgeschrieben.“***
- **Zum Endlager für Kernkraft-Abfälle: *„Dies (Anm.: das Endlager Konrad) wird möglichst zügig***

**errichtet und in Betrieb genommen. Für 90 % der anfallenden radioaktiven Abfälle ist dann ein sicheres Endlager vorhanden.“ Zum Thema hochradioaktive Abfälle steht dort: Die Erkundung (Anm.: des Salzstocks Gorleben) wird ab Oktober 2010 ergebnisoffen wieder aufgenommen. In einer vorläufigen Sicherheitsanalyse werden bis Ende 2012 alle bisherigen Ergebnisse über den Salzstock zusammengetragen und einer internationalen Expertenprüfung unterzogen. Darauf aufbauend können wir die Erkundung zielgerichtet abschließen.“**

- Zur Abtrennung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS): „Bis 2020 sollen zwei der 12 EU-weit förderfähigen CCS-Demonstrationsvorhaben gebaut werden.**
- „Wir wollen mittelfristig die verfügbaren deutschen Potenziale**



*für Pumpspeicherwerke im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten erschließen.“*

- *„Bis 2020 sollen 1 Million Elektrofahrzeuge in Deutschland fahren; bis 2030 sollen es 6 Millionen sein.“*
- *Am Schluß wird ausführlich „die Einbettung (dieser Pläne und Bemühungen) in die europäische Energiepolitik“ versprochen.*

## **Nur 8 Monate später: Ein Grundpfeiler der Stromversorgung wird zerstört**

**Kurz nach dem durch ein schweres Erdbeben mit nachfolgendem katastrophalem Tsunami verursachten Reaktorunfall in Fukushima verkündete am 14. März 2011 die**

**Bundeskanzlerin eine auf 3 Monate befristete Aussetzung der gerade beschlossenen Laufzeitverlängerung – das sog. Moratorium. Am darauf folgenden Tag teilte sie mit, dass die 7 ältesten deutschen Kernkraftwerke während des Moratoriums abgeschaltet werden sollten. Auch das seit 2009 abgeschaltete KKW Krümmel sollte in dieser Zeit außer Betrieb bleiben.**

**Weil die fachlich zuständige Reaktorsicherheits-Kommission allen Reaktoren eine sehr hohe Sicherheit bescheinigte, berief die Regierung eine sogenannte Ethik-Kommission, die dann unbelastet durch Fachkenntnisse und wunschgemäß den Kernkraftausstieg befürwortete.**

**Am 6. 6. 2011 beschloss**

**die Regierung ein  
Energiepaket mit dem  
Titel „Der Weg zur  
Energie der Zukunft –  
sicher, bezahlbar und  
umweltfreundlich“.**

**Es war streckenweise eine Neuauflage  
des Papiers vom September 2010. Aber  
durch das begleitende 13. Gesetz zur  
Änderung des Atomgesetzes wurde die  
Laufzeitverlängerung vom Oktober  
2010 am 6.8.2011 zurückgenommen.**

**Diese sachlich völlig unbegründete  
und rein politisch-taktische  
Kehrtwendung bezüglich der Rolle der  
Kernenergie zerstörte einen  
Grundpfeiler der deutschen  
Stromversorgung, denn die zuvor  
allein durch Kohle- und  
Kernkraftwerke sichergestellte**

**Grundlast-Stromerzeugung wurde plötzlich allein den Kohlekraftwerken auferlegt. Das war nicht nur ein schwerer Schlag gegen die Versorgungssicherheit der Wirtschaft und der Verbraucher, sondern zugleich auch ein Schlag gegen die hochfliegenden Pläne mit der stufenweisen und weitgehenden Übernahme der Stromversorgung durch die „Erneuerbaren“, die nun auch alle Kernkraftwerke ersetzen sollten. Diese Vision wurde nun vollkommen illusorisch, weil die wegfallende große Grundlast-Kapazität überhaupt nicht durch „Erneuerbare“ ersetzt werden kann und höchstens ein kleiner Teil der entstehenden Lücke durch neue Braunkohlekraftwerke ausgefüllt werden könnte – falls sich überhaupt noch ein Investor dafür findet (s.u.).**

**Weiterhin zerstörte dieser Beschluss**

**die Hauptbegründung der Energiewende, die Treibhausgase drastisch zu Gunsten eines angeblichen „ehrgeizigen Klimaschutzes“ zu reduzieren. Wer mit mehr Kohlekraftwerken die CO<sub>2</sub>-freien Kernkraftwerke ersetzen muß, bekommt unweigerlich mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen – das wusste selbst diese Regierung.**

**Damit war nach nur 8 Monaten nach seiner Verkündung dem Energiekonzept der Regierung das Hauptziel abhanden gekommen und alle anderen, die Stromversorgung betreffenden Ziele waren endgültig illusorisch geworden.**

**Damit endete dann auch schon die angeblich 40 Jahre in die Zukunft reichende Energieplanung.**

# **Der Blick auf eine Trümmerlandschaft**

**Zwei Jahre darauf gleichen das Energiekonzept von 2010 und das „Energiepaket“ von 2011 einer Trümmerlandschaft.:**

- Die Emissionen des angeblichen Treibhausgases CO<sub>2</sub> steigen seit der Abschaltung der 8 Kernkraftwerke unaufhaltsam. Das macht im Grunde nichts, denn die Hypothese vom CO<sub>2</sub>-angetriebenen Klimawandel zerfällt gerade, weil die reale Temperaturentwicklung im Begriff ist, selbst den Streubereich der IPCC-Horrorprognosen in Richtung Abkühlung zu verlassen. Das politische Hauptziel „Klimaschutz“ der gesamten Energiepolitik ist damit aufgegeben worden. Darüber spricht man nicht mehr, da zu**

# peinlich.

- ♦ Der Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien ist dank großzügigster Subventionierung stärker als geplant erfolgt, allerdings mit unerwünschten Folgen: Ein starker Anstieg des Strompreises; die ruinierte Wirtschaftlichkeit von Gas-, Steinkohle- und Pumpspeicherkraftwerken mit der Folge ihrer drohenden Stilllegung; die Gefährdung der Netzstabilität durch witterungsbedingte Schwankungen von Wind- und Solarstrom; Landschaftsverschandelung, Naturzerstörung und Lärmbelastung durch Windkraftanlagen; riesige Monokulturen durch Mais- und Rapsanbau für Biogasanlagen werden zur Konkurrenz für landwirtschaftlich genutzte Flächen; Anstieg der Pachtkosten für Agrarflächen; Anstieg der Holzpreise; Feinstaubbelastung durch Holzpellet-Heizungen; Belastungen der Stromnetze unserer Nachbarländer durch Überschuß-Strom von Windkraftanlagen; Zuzahlungen für Nachbarländer, damit sie die unerwünschten Leistungsspitzen annehmen. Und dennoch kein Ersatz der konventionellen Stromerzeugung durch Erneuerbare, weil diese auch bei größtem Ausbau niemals eine sichere Versorgung garantieren können. Damit wird die gesamte Stromerzeugung doppelt aufgebaut – die dadurch verursachten Kosten kann keine Wirtschaft verkraften: Die Abwanderung der Grundstoffindustrie ist die Konsequenz. Womit die Regierung ebenfalls nicht rechnete, war der große Widerstand der Bürger gegen Windkraftanlagen: Es gibt lt. SPIEGEL-Bericht über 700 Bürgerinitiativen gegen diese Technik. Hinzu kommen Bürgerinitiativen gegen den Bau von Hochspannungsleitungen und gegen den großflächigen Anbau von Energiepflanzen sowie gegen Biogasanlagen.

- **Der durch die Abschaltung der Kernkraftwerke verursachte Ausfall an Grundlaststrom wird nun teilweise durch Stromimporte ausgeglichen: Dieser Strom kommt aus französischen und tschechischen Kernkraftwerken.**
- **Alle entschlossen im Energiekonzept vom September 2010 verkündeten Pläne zur Endlagerung radioaktiver Abfälle wurden schon 2013 Makulatur. Am 23.7.2013 wurde das von allen Parteien im Bundestag verabschiedete**

**„Standortauswahlgesetz“  
veröffentlicht. Das neue zeitliche  
Ziel ist nicht mehr 2012, sondern  
2031 – aber nicht etwa für die  
Eröffnung des Endlagers, sondern  
nur für die Entscheidung, wo es  
denn errichtet werden könnte.  
Wörtlich im Gesetz: „Das  
Standortauswahlverfahren soll (!)  
bis zum Jahr 2031 abgeschlossen  
sein.“ Woraufhin dann der  
„Gorleben-Effekt“, also massiver  
Bürgerwiderstand, an jedem neuen,  
in Aussicht genommenen Standort  
eintritt. Dieses Gesetz ist  
nichts anderes als eine  
Totalkapitulation vor einer  
unangenehmen Entscheidung: Es  
bedeutet, dass sämtliches  
hochradioaktive Material für einen  
unabsehbaren Zeitraum oberirdisch  
gelagert werden muss. Ob das die  
Endlager-Gegner wollten ?  
• Die Pläne für**



**Demonstrationsanlagen zur CO<sub>2</sub>-  
Abtrennung und unterirdischen  
Speicherung wurden durch den  
Ausstieg von Vattenfall sowie die  
massiven Bürgerproteste in  
Norddeutschland ebenfalls  
Makulatur.**

- Von den wenigen,  
energiewirtschaftlich  
bedeutungslosen Projekten zum Bau  
neuer Pumpspeicherkraftwerke  
scheiterte das große Projekt am  
Rurseer; Trianel warf das Handtuch  
nach sehr großem Widerstand aus  
der Bevölkerung.**
- Auch beim Thema Elektrofahrzeuge  
droht eine Blamage. Im ersten  
Halbjahr des Jahres 2013 gab es  
nicht einmal 2.500 Neuzulassungen.**
- Der Ausbau des  
Höchstspannungsnetzes kommt nicht  
voran: Von den aktuell geplanten  
1.855 km sind bislang 268 km und  
damit knapp 15 % realisiert.**

Weitere Fertigstellungen erwarten die Netzbetreiber erst wieder 2014. Inzwischen werden die genannten Zahlen als viel zu niedrig angezweifelt: Minister Rösler erklärte, dass nach dem Netzentwicklungsplan 2.900 km optimiert und weitere 2.800 km neu gebaut werden müssten.

- Und die von der Regierung zugesagte „Einbettung in die europäische Energiepolitik“ fand nicht nur nicht statt, vielmehr vollzog sie ihren extremen Schritt mit der überstürzten Abschaltung von 8 Kernkraftwerken von immerhin 8422 Megawatt Leistung ohne jede Vorwarnung oder gar Konsultation mit den Nachbarländern, die mit ihren Stromnetzen mit Deutschland verbunden sind. Auch der extreme Ausbau der Windkraft und der Photovoltaik hat durch die dadurch verursachten starken

**Leistungsschwankungen erhebliche Auswirkungen auf benachbarte Länder. Die Regierung hat diese einseitige Politik niemals mit ihnen in Bezug auf die Auswirkungen auf den Strompreis und die Netzstabilität direkt betroffenen Nachbarn abgestimmt. Jetzt planen Nachbarländer – insbesondere Polen – den Bau technischer Sperreinrichtungen gegen unerwünschte deutsche Stromexporte in ihr Netz. Abwehr anstelle von Integration ist nun die Richtung.**

## **Energie-Planwirtschaft als Folge von Hilflosigkeit**

**In der Wirtschaftspresse ist bereits harsche Kritik daran geübt worden, dass im Energiesektor immer mehr**

**marktwirtschaftliche Grundprinzipien von der Regierung missachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.**

**Zahlreiche durch diese Politik hervorgerufenen Probleme zwangen die Regierung bereits zu „Reparaturmaßnahmen“, die allerdings niemals den Grundübeln zu Leibe rückten, sondern im Gegenteil stets so eingerichtet wurden, dass die gefährlich gewordenen primären Schadwirkungen durch neue kostspielige Investitionen, Subventionen und Kostenüberwälzungen auf die Verbraucher zugekleistert wurden – womit sie selbst zu neuen Schädigungen von Bürgern und Wirtschaft führen.**

**Die Methode ist: Fehlentscheidungen nicht rückgängig machen, sondern neue Fehler einführen, um die**

**dahinter stehende  
planwirtschaftliche Ideologie zu  
schützen.**

## **Folgendes geschah bereits:**

**1. Das Erneuerbare Energien-  
Gesetz (EEG), also die  
Zwangssubventionierung  
unwirtschaftlicher und auch  
technisch ungeeigneter Methoden der  
Stromerzeugung – verbunden mit dem  
Zwang, den so erzeugten Strom  
vorrangig ins Netz einzuspeisen und  
seinen Weiterverkauf notfalls noch  
zusätzlich zu bezahlen**

**2. Entschädigungs-Verpflichtung  
für die Nicht-Produktion eines  
Wirtschaftsgutes – s. §12 EEG.**

**3. Die mit Angstszenarien  
begründete Stilllegung einer großen**

**Grundlast-Stromerzeugung (Kernkraft) mit der Folge von Preissteigerungen, Versorgungsengpässen und abnehmender Netzstabilität.**

**4. Gewaltiger Ausbau der Stromnetze, der ohne die Fehlentscheidung der erzwungenen Bevorzugung unrentabler Erzeugungstechniken – s. Punkt 1 – überhaupt nicht notwendig wäre.**

**5. Die Übernahme der Kosten, die den Windparkbetreibern durch einen verzögerten Anschluss der Offshore-Windparks an das Land-Stromnetz entstehen, durch die Stromverbraucher – eine staatswirtschaftliche Maßnahme, die das vormalig FDP-geführte Wirtschaftsministerium erfunden und durchgesetzt hatte.**

**6. Die Entlastung von**

**energieintensiven Produktionen von den durch das EEG verursachten Strompreiserhöhungen – und deren Überwälzung auf die übrigen Verbraucher. Hier besteht die Möglichkeit eines Eingriffs der EU wegen Wettbewerbsverletzung.**

**7. Neue Subventionen, um weitere Folgen der Fehlsteuerung durch das EEG und den Kernkraftausstieg zu bekämpfen: Die Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom drückt den Börsenpreis speziell in den Mittagsstunden und macht Kohle- und Gaskraftwerke und auch Pumpspeicherkraftwerke unrentabel: Die Betreiber planen Stilllegungen. Damit zerstört das EEG sogar die Rentabilität der einzigen Kraftwerke, die zu einer Stützung und Stabilisierung des vom stark schwankenden EEG-Strom gefährdeten Stromnetzes imstande sind. Die verzweifelte Regierung hilft sich**

**mit: Neuen Subventionen. Das Stichwort heißt „Kapazitätsmanagement“. Im Klartext: Zur Stilllegung vorgesehene Kraftwerke werden zur „Kaltreserve“ ernannt und deren Betreiber erhalten Geld, um die stillstehende Anlage bei Engpässen hochzufahren. Bereits erfolgt beim bayerischen modernen Gaskraftwerk Irsching, dessen Normalbetrieb durch das EEG ruiniert wurde. Der Staat hält sich also auf eigene Kosten eine Kaltreserve. Für die von niemand mehr geplanten Kraftwerksneubauten kommt Entsprechendes: Siehe unten.**

**8. Stromspeicher werden im Ausland gesucht – so die per Seekabel teuer anzuschließenden Pumpspeicherwerke Norwegens – weil nicht benötigter, überschüssiger Windstrom zwischengespeichert werden muss. Die Seekabelverbindung**



**Nord.Link ist geplant.**

**9. Durch die Energieeinsparverordnung werden Hausbesitzer zur energetischen Sanierung und Nachrüstung gezwungen. Auch wenn sie das nicht wünschen. Sie dürfen die Kosten auf die Mieter umlegen.**

**10. Für Neubauten ist bereits die Installierung der sog. intelligenten Stromzähler vorgeschrieben. Ein Zwang für alle Verbraucher, diese Geräte anzuschaffen, ist angesichts der die Bürger bevormundenden Energiepolitik zu erwarten.**

**11. In Baden-Württemberg wurden Hausbesitzer bereits gesetzlich verpflichtet, bei einer Modernisierung ihrer Heizungsanlage eine anteilige Versorgung durch „Erneuerbare Energie“ sicherzustellen.**

12. Durch die wetterabhängige, bei Bewölkung rasch schwankende Stromeinspeisung der Photovoltaikanlagen geraten die Verteilnetze in Stabilitätsprobleme. Weil ein durch zu große Einspeisung hervorgerufenenes Überschreiten der Netzfrequenz von 50,2 Hertz vermieden werden muss, wurde den Betreibern der Solarstromanlagen die Anschaffung eines Regelgerätes vorgeschrieben. Die Kosten dafür wurden – unbemerkt – wieder den Stromverbrauchern auferlegt, obwohl sie für diese Störung des Netzes nicht verantwortlich sind.

# Die

# Verstaatlichung

# **des Energiesektors in der Zukunft**

**Der bereits  
eingeschlagene Weg in  
die Verstaatlichung  
der Stromerzeugung  
und -verteilung führt  
folgerichtig zu  
folgenden Schritten –  
und bei einer großen  
Koalition erst recht:**

**1. Die von den**

**EUV geplante  
Stilllegung von  
konventionellen  
Kraftwerken hat  
nicht nur den  
Einbruch des  
Börsenpreises  
durch  
hochsubventioniert  
en und mit  
gesetzlichem  
Einspeise-Vorrang**

**versehenen EEG-  
Strom als Ursache:  
Es geht ebenfalls  
um alte, unmoderne  
und mit schlechten  
Wirkungsgraden  
arbeitende  
Anlagen, die  
demnächst das Ende  
ihrer  
Betriebsdauer  
erreichen. Auch**

**das fürchtet die  
Regierung, denn  
sie braucht alle  
existierenden  
Kraftwerke, weil  
keine neuen mehr  
gebaut werden –  
s.u.**

**Die  
staatswirtschaftli  
che und anti-**

**marktwirtschaftliche Konsequenz:  
Bezuschussung auch  
dieser Altanlagen;  
d.h. Finanzierung  
umfassender  
Modernisierungsmaß-  
nahmen und  
Subventionierung  
des Betriebes.**

**2. Die**

**Bevorzugung von  
Wind- und  
Solarstrom macht  
nicht nur die  
bestehenden  
konventionellen  
Kraftwerke  
unrentabel.  
Insbesondere  
Kraftwerksneubaute  
n werden von der  
Regierung dringend**



**gefordert, weil  
die durch den  
Kernkraftausstieg  
entstandene Lücke  
mit neuen  
Kohlekraftwerken  
ausgefüllt werden  
muss. Von CO2-  
Emissionen spricht  
ohnehin niemand  
mehr. Die  
privaten**

**Investoren denken  
jedoch angesichts  
dieser**

**Energiepolitik**

**verständlicherweise**

**nicht mehr an**

**Neubaupläne. Das**

**bekannte**

**Heilmittel: Geld**

**vom Staat – hier**

**Investitionskosten**

**zuschüsse. Das**

**diskutiert auch  
schon der BDEW und  
auch die  
Bundesnetzagentur  
empfiehlt, über  
Subventionen für  
den  
Kraftwerksneubau  
„nachzudenken“  
Deshalb hat  
bereits die alte  
Bundesregierung**

**derartige  
Investitionskosten  
zuschüsse für neue  
fossile Kraftwerke  
im Zeitraum  
2013-2016 in  
Aussicht gestellt  
und nahm hierzu  
Verhandlungen mit  
der EU auf. Dies  
wird mit  
Sicherheit kommen,**

**weil auch  
weiterhin  
angesichts der  
sprunghaften und  
unberechenbaren  
Energiepolitik  
niemand derartige  
Investitionen  
tätigen wird, was  
sich schon heute  
abzeichnet. Sollte  
das dann auch**

**nicht helfen, wird  
der Staat selbst  
als  
Kraftwerksbauer  
auftreten müssen –  
vielleicht auch  
gerne wollen.**

**3. Der staatliche  
Geldregen für  
Energiewende-  
Reparaturmaßnahmen**

**lockt nun auch  
weitere  
Interessenten  
hervor: Auf der  
Energiespeicher-  
Konferenz IHRES in  
Berlin wurde ein  
Einspeisegesetz á  
la EEG auch für  
Energiespeicher,  
die das Netz  
stabilisieren**

**sollen, gefordert.  
Auch  
Investitionszuschü  
sse seien  
geeignet. Abermals  
heißt das vom  
Staat – also von  
den Verbrauchern  
– bezahlte  
„Kapazitätsbereits  
tellung“; hier  
eben für**



**Speicher.**

**4. Die schon heute erheblichen Probleme, die viele Haushalte mit ihren Stromrechnungen haben – die Verbraucherschützer sprechen von 600.000**

**Haushalten, denen  
der Strom  
abgestellt wurde –  
könnten in der  
Logik der  
Staatswirtschaft  
dazu führen, dass  
es einen Eingriff  
in die  
Tarifgestaltung  
der Netzbetreiber  
gibt: Sozialtarife**

**für Bedürftige,  
also höhere Preise  
für die  
Übrigen.**

**5. Die bereits bei  
den PKW erprobte  
Idee der  
Verschrottungspräm**

**ie erlebt  
gegenwärtig bei  
den  
Ideenproduzenten  
eine Neuauflage  
für die „weiße  
Ware“, speziell  
alte Kühlschränke  
und Heizkessel.  
Vorbild ist  
Mexiko: Dort wurde  
das seit 2009**

**praktiziert; 1,5  
Millionen  
Haushalte  
ersetzen dadurch  
ihre Kühlschränke  
und 7 % weniger  
Stromverbrauch pro  
Haushalt war das  
Ergebnis.**

**Dieser finanzielle  
Anreiz kann auch**

**noch mit der  
Verpflichtung zur  
Installation von  
Photovoltaikanlage  
n oder Wärmepumpen  
verknüpft werden.**

**6. Ebenso kann es  
zu staatlichen  
Zuschüssen beim  
Kauf eines  
Elektroautos**

**kommen, wie es die  
Autoindustrie, die  
fast nichts  
derartiges  
verkaufen kann,  
vehement fordert.  
Nicht einmal 2.500  
Neuzulassungen gab  
es in Deutschland  
im 1. Halbjahr  
2013. Die  
Autofahrer sind**

**eben nicht so  
dumm, ein  
übersteuertes  
Fahrzeug zu  
kaufen, das auch  
noch  
ausschließlich  
Nachteile bringt:  
Geringe  
Reichweite, lange  
Ladezeiten,  
fehlende Lade-**



**Infrastruktur,  
Unbrauchbarkeit im  
Winter,  
Sicherheitsbedenke  
n bei den Li-  
Ionenbatterien,  
Zweifel an der  
Batterielebensdaue  
r. Dazu kommt  
noch die  
Konkurrenz  
moderner**

**Dieselmotoren, die kaum weniger energieeffizient, aber vollgebrauchstüchtig sind. Die Regierung hat jedoch aus nicht nachvollziehbaren Gründen das E-Auto zum Klimaretter ernannt und es ist**

**zu befürchten,  
dass neue  
staatliche  
Maßnahmen erfunden  
werden, um diese  
noch ca. 20 Jahre  
von ihrer  
Brauchbarkeit  
entfernte Technik  
jetzt in den Markt  
zu bringen, koste  
es was es wolle.**

**7. Es ist davon auszugehen, dass die sog. Smart Meter, also „intelligente Stromzähler“ , durch staatliche Zwangsmaßnahmen in den Haushalten auch von Altbauten eingebaut werden müssen. Versuche**

**haben zwar  
gezeigt, dass die  
damit verbundenen  
Kosten deutlich  
über den sehr  
geringen  
Einsparungen im  
Stromverbrauch  
liegen, doch das  
dürfte nach allen  
Erfahrungen die  
Ministerialbürokr**

**tie nicht daran  
hindern. Es geht  
schließlich nicht  
nur um  
Stromeinsparungen,  
sondern vielmehr  
um die Kontrolle  
der  
Energieverbraucher  
sowie um deren  
Erziehung zum  
Energiesparen. Es**

**sind deshalb  
Proteste zu  
erwarten, weil mit  
diesen Zählern das  
Verbrauchsverhalte  
n der Bürger  
überwacht werden  
kann – mit  
Ermahnungen des  
Versorgers bei  
kritikwürdigem,  
nicht**

**klimagerechten  
Verhalten. Der  
Schnüffelstaat  
läßt grüßen.**

**8. Kurz vor der  
Bundestagswahl hat  
das bis dahin FDP-  
geführte  
Wirtschaftsministe-  
rium 1000  
Energieberatungs-**



**Gutscheine á 250  
Euro an Haus- und  
Wohnungsbesitzer  
verteilt. Ziel  
sei „ein  
weitgehender  
klimaneutraler  
Gebäudebestand bis  
2050“. Dieser  
dreifache Unfug –  
die Unnötigkeit  
der Aktion, weil**

**das Klimaargument  
passé ist, die  
größenwahnsinnige  
Perspektive 2050  
und die faktische  
Unbezahlbarkeit  
trotz Gutschein –  
erklärt zumindest  
zu einem kleinen  
Teil den  
Totalabsturz der  
FDP. Aber die Idee**

**zur  
Energieberatung  
der Haushalte  
hatte zuvor schon  
Minister Altmaier  
und es ist  
anzunehmen, dass  
die staatlich  
geförderte  
Ermunterung der  
Bürger zum  
Energiesparen noch**

**weiter getrieben  
wird. Bezeichnend  
ist dabei, dass es  
mit dem Strom-  
Schlaraffenland  
der Erneuerbaren  
nicht so weit her  
sein kann, wenn  
geradezu  
verzweifelt das  
Stromsparen  
propagiert wird.**

**Ob die Ergebnisse  
dieser Beratungen  
von staatlichen  
Stellen  
ausgewertet  
werden, um  
uneinsichtigen  
Bürgern  
„erneuerbare“  
Energien nahe zu  
bringen, ist  
offen, aber**

**keineswegs  
ausgeschlossen.**

**9. Weil mit  
zunehmendem Anteil  
von extremen  
Spitzen und ebenso  
abrupt  
eintretenden  
Versorgungslücken  
des Windstroms  
gerechnet werden**

**muss, steigt auch  
die Gefahr von  
Netzzusammenbrüche  
n – neudeutsch  
Blackouts. Weil  
es nicht  
annähernd  
ausreichende  
Stromspeicher zum  
Ausgleich dieser  
Schwankungen gibt  
– und auch für die**

**kommenden 20 Jahre  
nicht geben wird –  
werden staatliche  
Stellen verstärkt  
Großverbraucher  
zwingen,  
zeitweise  
Stromabschaltungen  
hinzunehmen.  
Diese Unternehmen  
sehen sich dadurch  
gezwungen, eigene**



**größere  
Notstromgeneratore  
n zu installieren,  
was ihre Kosten in  
die Höhe treibt.**

**10. Weil die  
Lebensdauer auch  
von  
Photovoltaikanlage  
n und  
Windkraftanlagen**

**begrenzt ist,  
stellt sich  
irgendwann die  
Frage der  
Verschrottung.  
Nach dem bislang  
eisern  
durchgehaltenen  
Prinzip der  
Energiewende, alle  
Kosten auf die  
Verbraucher**

**abzuwälzen, ist zu befürchten, dass das auch bei diesen Kosten nicht anders sein wird.**

**11. Die Schnüffelei, die bei den intelligenten Zählern und der**

**Energieberatung  
möglich ist, kann  
auch noch auf  
einer anderen,  
buchstäblich  
höheren Ebene  
erfolgen: Der  
Umweltreferent der  
Stadt Bonn, der  
über die geringe  
Anzahl von  
Photovoltaikanlage**

**n auf den Dächern,  
die er aus seinem  
Büro sah, sehr  
traurig war,  
verbreitete sich  
über die Idee, aus  
Luftbildaufnahmen  
alle für eine  
Solarzellen-  
Installation  
geeigneten Dächer  
der Stadt zu**

**bestimmen – um  
dann den  
betreffenden  
Hausbesitzern die  
Anschaffung einer  
Solarstromanlage  
ans Herz legen zu  
können. Hier  
können sich  
staatliche Stellen  
noch Meriten  
erwerben;**

**vielleicht hilft  
auch die  
Luftwaffe.**

**13. Die Mischung  
aus Hilflosigkeit  
und Verzweiflung  
produziert bereits  
Vorschläge, die  
die Älteren an die  
letzten Jahre des  
Krieges erinnern.**

**Damals wurde zum  
Beispiel in der  
Wochenschau im  
Kino regelmäßig  
der Kohlenklau  
vorgeführt , den  
man durch das  
Schließen der  
Fenster am  
Energiediebstahl  
hindern sollte.  
Jetzt ist das**



**Energiesparen  
wieder nationale  
Pflicht geworden.  
Mit Plakaten wurde  
im Krieg auf die  
Wichtigkeit der  
Verdunkelung  
hingewiesen –  
damals gegen die  
Bomber, heute  
vielleicht wieder  
aktuell gegen den**

**auch nicht  
angenehmen totalen  
Blackout im  
Winter. Minister  
Altmaier gab  
bereits Tips zum  
Energiesparen im  
Haushalt: So  
sollte man  
möglichst den  
Deckel auf dem  
Kochtopf lassen.**

**Wenn es so weiter  
geht, werden auch  
noch unsere  
Kabarettisten  
arbeitslos.**

**Eine sehr  
ernste Warnung**

**Auf dem  
Debattenabend  
„Energiewende:**

**Plan- vs.  
Marktwirtschaft“  
der Stiftung  
Energie &  
Klimaschutz am  
5.6.2013 in  
Stuttgart hat der  
Leiter des  
renommierten  
Instituts für  
Energiewirtschaft  
und Rationelle**

**Energieanwendung  
(IER) der  
Universität  
Stuttgart, Prof.  
Dr. Alfred Voß,  
die Gefahr eines  
weiteren Ausbaus  
der sog.  
Erneuerbaren mit  
sehr deutlichen  
Worten  
beschrieben.**

**Zitat: „Die  
Technologieziel  
e der  
Energiewende  
sind mit einem  
marktwirtschaft  
lichen  
Ordnungsrahmen  
nicht zu  
erreichen“.  
Trotz großer  
Fortschritte**

**der  
erneuerbaren  
Energien glaube  
er nicht, dass  
diese auf einem  
freien Markt  
mit der  
konventionellen  
Stromerzeugung  
konkurrieren  
können.  
Deshalb werde**

**die  
Energiewende  
„nur mit einem  
planwirtschaftl  
ichen  
Ordnungsrahmen  
und mit  
erheblich  
höheren Kosten  
umzusetzen  
sein“. Voß  
weiter: „Alles**



**was wir machen,  
wenn wir den  
Ausbau der  
Erneuerbaren so  
fortführen,  
wird dazu  
beitragen, dass  
wir ein  
Energieversorgu  
ngssystem  
haben, das ein  
zentrales**

**Kriterium nicht  
erfüllt,  
nämlich einen  
wettbewerbsfähigen  
Strompreis  
für die Bürger  
und die  
Industrie.“**

**Zur Erinnerung: Im  
September 2010**

**beschloss die  
Regierung das  
„Energiekonzept  
für eine  
umweltschonende,  
zuverlässige und  
bezahlbare (!)  
Energieversorgung“  
. Wird dieses  
Konzept weiter  
verfolgt, werden  
alle diese**

**Hauptziele völlig  
verfehlt und  
dieses Experiment  
wird in einer  
teuren  
Planwirtschaft  
enden.**

**Prognosen**

**sind  
schwierig.....,**

**insbesondere, wenn  
sie die Zukunft  
betreffen. Dieser  
von Mark Twain  
stammende Satz  
gilt weiterhin und  
ganz besonders für  
die deutsche**

**Energiepolitik.  
Dennoch sei hier  
eine Voraussage  
gewagt. Genau so,  
wie neuerdings in  
Wetterberichten  
regelmäßig die  
ziemlich seltsame  
Aussage über die  
Regenwahrscheinlic  
hkeit zu hören ist  
(als ob man dann**

**mit 60-prozentiger  
Wahrscheinlichkeit  
seinen Schirm  
mitnimmt), kann  
man auch in diesem  
Politikfeld, gegen  
das unser Wetter –  
obwohl ein  
chaotisches System  
– zumindest für  
zwei Tage und  
damit besser als**

**die gleichfalls  
chaotische Politik  
recht gut  
prognostizierbar  
ist, nur noch mit  
Wahrscheinlichkeiten  
rechnen.**

**Und die oben  
angestellten  
Betrachtungen  
ergeben mit einer**



**höheren  
Wahrscheinlichkeit  
als alle anderen  
Möglichkeiten für  
den Energiesektor  
das Ergebnis Plan-  
und  
Staatswirtschaft.  
Sollte es anders  
kommen, wäre es  
ein guter Grund  
zur**

**vorübergehenden  
Erleichterung.**

**Dr.-Ing. Günter  
Keil, Sankt  
Augustin**

**Den Beitrag können  
Sie unten als pdf  
herunterladen**

# Related Files

- **keil\_energiewende  
\_staatswirtschaft  
-pdf**